

Wahlanalyse

Landtagswahl in Baden-Württemberg am 14. März 2021

Vorläufiges Wahlergebnis

Sabine Pokorny



Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg	3
1. Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg	3
2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg	4
3. Wählerwanderung und Sozialstruktur	6

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg

1. Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es bei Landtagswahlen, anders als bei Bundestagswahlen, nicht zwei Stimmen, sondern jeder Wähler hat eine Stimme. Es gibt 70 Wahlkreise (Erstmandate) und 50 Zweitmandate. Gewählt ist, wer im Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigt (Erstmandat). Auf Ebene des Regierungsbezirks werden die Erstmandate abgezogen und die restlichen Sitze den Bewerbern mit den höchsten Prozentanteilen zugeteilt.

Das Wahlergebnis in Baden-Württemberg knüpft an das Wahlergebnis der letzten Landtagswahl 2016 an.¹ Die Grünen sind erneut stärkste Kraft und erzielen ihr historisch bestes Ergebnis, während CDU und SPD jeweils ihre schlechtesten Ergebnisse in Baden-Württemberg verbuchen. Die Wahlbeteiligung sinkt nach der hohen Wahlbeteiligung von 2016 um 6,6 Punkte und liegt bei 63,8 Prozent. Im Vergleich zu 2016 haben 516.707 Menschen weniger ihre Stimme abgegeben.

Die **Grünen** können im Vergleich zu 2016 leicht hinzugewinnen und erzielen 32,6 Prozent (+2,3 Punkte). Durch die gesunkene Wahlbeteiligung verlieren die Grünen absolut jedoch 37.204 Stimmen, gewinnen aber insgesamt 11 Mandate hinzu und werden künftig mit 58 Abgeordneten im Landtag vertreten sein. Dabei gewinnen sie 12 Erstmandate neu hinzu, verlieren aber ein Zweitmandat. Dadurch ziehen nun alle 58 Abgeordneten der Grünen über ein Erstmandat in den Landtag ein.

Die **CDU** wird wie schon 2016 zweitstärkste Kraft. Sie muss erneut leichte Verluste hinnehmen und erzielt 24,1 Prozent (-2,9). Absolut verliert die CDU 278.717 Stimmen. Die CDU verliert 10 von 22 Erstmandaten an die Grünen, gewinnt aber 10 Zweitmandate hinzu. Dadurch ist sie erneut mit 42 Abgeordneten im Landtag vertreten, von denen 12 über ein Erst- und 30 über ein Zweitmandat einziehen. Die Spitzenkandidatin Susanne Eisenmann sowie der Landesvorsitzende Thomas Strobl haben beide den Einzug in den Landtag verpasst. Beide unterliegen in ihren Wahlkreisen den Kandidaten der Grünen und schaffen es auch nicht, über ein Zweitmandat in den Landtag einzuziehen.

Drittstärkste Partei im Landtag wird die **SPD** mit 11,0 Prozent. Im Vergleich zur Vorwahl verliert die SPD 1,7 Punkte und 144.265 Stimmen. Wie schon 2016 wird sie 19 Abgeordnete in den Landtag entsenden, die alle über ein Zweitmandat einziehen.

10,5 Prozent erzielt die **FDP**. Das ist nach dem Ergebnis von 2006 ihr zweitbestes Wahlergebnis in Baden-Württemberg innerhalb der letzten 50 Jahre. Sie gewinnt 2,2 Punkte und 62.780 Wählerstimmen hinzu. Damit stellt die FDP 18 Abgeordnete, das sind 6 Mandate mehr als 2016. Alle FDP-Abgeordneten erzielen Zweitmandate.

Die höchsten Verluste hat die **AfD** zu verbuchen. Sie verliert 5,4 Punkte und kann 9,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Absolut verliert die AfD damit 336.255 Stimmen. Gegenüber dem Wahlergebnis von 2016 verliert die AfD damit 6 Mandate und wird künftig nur noch 17 Abgeordnete im Landtag stellen. Damit stellt sie nun die kleinste Fraktion. Beide Erstmandate büßt die AfD an die Grünen ein, sodass nun alle Abgeordneten über ein Zweitmandat ins Parlament ziehen.

Die **Linke** kann zwar leicht hinzugewinnen (+0,7), verpasst jedoch mit 3,6 Prozent erneut deutlich die Fünf-Prozent-Hürde. Deutliche Zugewinne mit 2,9 Punkten verbuchen die **Freien Wähler**, die 3,0 Prozent erzielen, damit aber auch nicht im Landtag vertreten sein werden. Ebenfalls über einem Prozent liegen DIE PARTEI (1,2 Prozent) und die Basis (1,0 Prozent). Alle anderen kleineren Parteien liegen unter einem Prozent, auch die im Vorfeld medial breit wahrgenommene Klimaliste BW (0,9 Prozent).

2. Wesentliche Bestimmungsgründe des Wahlergebnisses in Baden-Württemberg

Die Corona-Pandemie hat diese Landtagswahl in mehrfacher Hinsicht geprägt. Erstens hat die Pandemie den üblichen Wahlkampf mit Veranstaltungen, Wahlkampfständen und direkten Kontakten verhindert. Stattdessen fand der Wahlkampf überwiegend digital im Internet statt. Davon können die Parteien unterschiedlich profitieren oder auch nicht. Die Anhängerinnen und Anhänger von CDU und SPD weisen die höchsten Anteile an Offlinern auf, die also das Internet gar nicht nutzen. Über ein Viertel der Anhängerinnen und Anhänger von CDU und SPD geben an, kein Internet zu nutzen. Und wenn sie das Internet nutzen, tun sie das überdurchschnittlich häufig nicht für Politik. Gleichzeitig lesen CDU- und SPD-Wählerinnen und -Wähler am seltensten politische Inhalte im Internet.² Noch größere Unterschiede zwischen den Anhängerschaften zeigt sich bei den Facebooknutzern, die insgesamt 35 Prozent der Wahlberechtigten ausmachen. Wenn man nur Facebooknutzer betrachtet, nutzen 53 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der Union Facebook nicht für Politik. Das Gleiche gilt für 50 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger von SPD und FDP, 47 Prozent der Grünen-Anhängerschaft, aber nur 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler von Linken und AfD.³ Über Online-Formate ist die Anhängerschaft der CDU also schwerer zu erreichen.

Zweitens hat die Pandemie zu einem Rekordniveau an Briefwählerinnen und Briefwählern geführt. In Baden-Württemberg liegt der Briefwähleranteil mit 49 Prozent mehr als doppelt so hoch wie 2016, als 21 Prozent der Wählerinnen und Wähler per Brief abstimmten. Durch das unterschiedliche Abstimmungsverhalten von Brief- und Urnenwählerinnen und -wählern wurden in den Prognosen um 18 Uhr am Wahlabend, die auf den Wahltagsbefragungen beruhen, die Anteile der Grünen und der CDU unterschätzt, während der AfD-Anteil überschätzt wurde.

Drittens hat die Pandemie die thematische Agenda dominiert. 66 Prozent der Baden-Württemberger geben Corona als wichtigstes Problem an, gefolgt mit großem Abstand vom Komplex Klima/Umwelt/Energiewende mit 21 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Auch wenn gleichzeitig nur eine Minderheit von 12 Prozent angibt, die Bekämpfung der Corona-Pandemie sei das wichtigste Thema für die Wahlentscheidung gewesen (Infratest dimap), führte die Dominanz der Pandemie doch dazu, dass die amtierenden Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen regelmäßig eine mediale Bühne und Aufmerksamkeit bekommen, während andere Politiker und Politikerinnen noch stärker in den Hintergrund rücken als in Zeiten ohne Pandemie.

Das Wahlergebnis ist geprägt durch den Kandidateneffekt des Amtsinhabers. 65 Prozent der Baden-Württemberger sind der Meinung, Winfried Kretschmann führe sie eher gut durch die Corona-Krise. Zusätzlich sind 71 Prozent allgemein mit der Arbeit des Ministerpräsidenten zufrieden oder sehr zufrieden. Das ist zwar eine Verschlechterung im Vergleich zu 2016, als noch 84 Prozent mit seiner Arbeit zufrieden waren, aber immer noch ein Spitzenwert im Vergleich mit anderen Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern vor der jeweils letzten Wahl. Seit 2017 konnte nur Annegret Kramp-Karrenbauer vor der letzten Landtagswahl eine höhere Zufriedenheit für sich verbuchen. Die Spitzenkandidatin der CDU Susanne Eisenmann liegt dagegen mit 22 Prozent Zufriedenheit deutlich hinter Kretschmann, aber auf einem ähnlichen Niveau wie Guido Wolf 2016 (Infratest dimap).

Auch auf die Frage, ob Kretschmann seine Arbeit als Ministerpräsident gut mache, gibt es hohe Zustimmung. 81 Prozent der Baden-Württemberger finden, er mache seine Sache eher gut. In allen Anhängerschaften findet sich dafür eine absolute Mehrheit, selbst 53 Prozent der Wählerinnen und Wähler der AfD attestieren dem Ministerpräsidenten, seine Arbeit gut zu machen (Forschungsgruppe Wahlen).

Entsprechend liegt Kretschmann auch bei der Frage nach der Direktwahl der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten deutlich vor seiner Herausforderin. 69 Prozent wünschen sich Kretschmann erneut als Ministerpräsidenten, nur 16 Prozent hätten gerne, dass Susanne Eisenmann das Amt übernimmt. Dabei zeigt sich eine breite Präferenz für Kretschmann in fast allen Anhängerschaften. 94 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler, 89 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler und 66 Prozent der Wählerinnen und Wähler der FDP sprechen sich für Kretschmann aus. Selbst unter den Anhängerinnen und Anhängern der CDU liegt Kretschmann mit 56 Prozent vor Eisenmann mit 35 Prozent. Lediglich bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD kommt Kretschmann auf weniger als 50 Prozent Zustimmung, liegt aber mit 39 Prozent immer noch vor Eisenmann, die 30 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler bevorzugen (Infratest dimap).

Auch im direkten Profilvergleich kann Kretschmann gegenüber seiner Herausforderin punkten. Er wird mit Abstand als sympathischer, führungsstärker, kompetenter und glaubwürdiger wahrgenommen (Infratest dimap). Auch beim Sachverstand liegt Kretschmann vor Eisenmann (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei der allgemeinen Sympathiebewertung der Kandidatinnen und Kandidaten auf einer Skala von +5 bis -5 liegt der Amtsinhaber ebenfalls vor seiner Herausforderin. Kretschmann wird von allen Wählerinnen und Wählern mit 2,5 bewertet, von den eigenen Anhängerinnen und Anhängern mit 3,9. Selbst die CDU-Anhängerinnen und -Anhänger bewerten Kretschmann mit 3,2 und damit überdurchschnittlich positiv. Zusätzlich schneidet Kretschmann besser ab als seine Partei, die im Land mit 1,8 bewertet wird. Damit stehen die Grünen in Baden-Württemberg bei den Wählerinnen und Wählern höher im Kurs als die Grünen im Bund, die auf einen Wert von 1,1 kommen (Forschungsgruppe Wahlen).

Susanne Eisenmann wird von allen Wählerinnen und Wählern mit -0,2 leicht im negativen Bereich bewertet. Lediglich bei den Anhängerinnen und Anhängern der CDU erzielt sie mit 1,9 einen positiven Wert, liegt aber selbst in der eigenen Anhängerschaft deutlich hinter dem beliebten Ministerpräsidenten. Zusätzlich bleibt die Bewertung der Spitzenkandidatin hinter der Bewertung der Partei zurück, die im Land mit 0,7 und im Bund noch besser mit 1,1 bewertet wird. In der Bewertung im Bund liegen Grüne und CDU also bei den Baden-Württembergern gleichauf, lediglich im Land können die Grünen und ihr Spitzenkandidat sich von der CDU absetzen. Da für 63 Prozent der Wählerinnen und Wähler aber die Landespolitik für ihre Wahlentscheidung wichtiger war als die Bundespolitik, können die Grünen die gute Bewertung ihres Kandidaten und der Partei im Land in einen Wahlerfolg übersetzen (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch von der insgesamt verbreiteten Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung kann die CDU nicht profitieren. Zwar ist die Zufriedenheit in den letzten Wochen vor der Wahl deutlich gesunken, 57 Prozent sind mit der Arbeit der Landesregierung sehr zufrieden oder zufrieden, eine Wechselstimmung ergibt sich dadurch jedoch nicht. 85 Prozent der Grünen-Anhängerinnen und -Anhänger sowie 70 Prozent der CDU-Anhängerinnen und -Anhänger sind mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden. Auch bei den Anhängerinnen und Anhängern der SPD zeigt sich mit 57 Prozent eine Mehrheit zufrieden. Lediglich bei den Wählerinnen und Wählern von FDP und AfD ist die Mehrheit unzufrieden mit der Landesregierung (Infratest dimap). Eine Unterscheidung zwischen den Koalitionspartnern zeigt, dass die Grünen stärker von der positiven Bewertung der Landesregierung profitieren können als die CDU. Auf einer Skala von +5 bis -5 werden die Grünen in der Regierung mit 1,4, die CDU mit 0,9 bewertet. Die Oppositionsparteien können nicht überzeugen. FDP und SPD werden mit 0,3 und 0,1 nur knapp im positiven Bereich bewertet, während die AfD mit einem Wert von -3,1 mit Abstand am schlechtesten abschneidet (Forschungsgruppe Wahlen).

Bei den Parteikompetenzen können die Grünen erneut vor allem im Bereich Umwelt und Klima punkten. 60 Prozent halten sie hier für kompetent. Auch beim Thema Verkehr liegen die Grünen mit 29 Prozent knapp vor der Union mit 27 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen). Beim derzeit wichtigsten Problem Corona-Pandemie können die Grünen zwar deutlich weniger überzeugen. Hier halten 28 Prozent die Grünen für kompetent. Allerdings liegt der Kompetenzwert der CDU mit 22 Prozent noch darunter. Die CDU kann allerdings ihren Kompetenzvorsprung im Bereich Wirtschaft halten. 41 Prozent sehen hier die Kompetenz bei der Union. Auch bei der inneren Sicherheit (42 Prozent) und Arbeitsplätzen (35 Prozent) wird die CDU weiterhin als besonders kompetent wahrgenommen. Die SPD kann in den Bereichen soziale Gerechtigkeit (23 Prozent), Wohnungspolitik (19 Prozent) und Schule/Bildung (15 Prozent) punkten. Bei Letzterem ist die CDU zwar die Partei mit der höchsten Kompetenz, mit 26 Prozent liegt der Wert aber deutlich unter ihrer Wirtschaftskompetenz. Die FDP weist gewisse Kompetenzen im Bereich Digitalisierung auf (16 Prozent). Die AfD hat die höchsten Kompetenzwerte in der Asyl- und Flüchtlingspolitik (12 Prozent), die bei den wichtigsten Themen derzeit nicht unter den Top-Nennungen rangiert, und in der inneren Sicherheit (11 Prozent; alles Infratest dimap). Bei der häufig entscheidenden Frage nach der Zukunftskompetenz liegen die Grünen mit 30 Prozent vor der CDU, von der 22 Prozent sagen, sie könnte am ehesten die zukünftigen Probleme lösen (Forschungsgruppe Wahlen).

Ein weiteres Indiz für eine fehlende Wechselstimmung ergibt sich aus den Koalitionspräferenzen. Am meisten Zustimmung bekommt eine Fortsetzung der bisherigen Koalition aus Grünen und CDU (44 Prozent). 71 Prozent der Grünen-Wählerinnen und -Wähler sowie 53 Prozent der CDU-Wählerinnen und -Wähler bevorzugen diese Konstellation. Eine Koalition aus Grünen und SPD erhält mit 41 Prozent etwas weniger Zustimmung, während eine sogenannte Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP nur von 28 Prozent präferiert wird, ebenso wie eine Koalition aus CDU, SPD und FDP (Forschungsgruppe Wahlen).

3. Wählerwanderung und Sozialstruktur⁴

Die **Grünen** haben zwar prozentual hinzugewonnen, durch die gesunkene Wahlbeteiligung absolut aber Stimmen verloren. Die größten Zugewinne verbuchen die Grünen von der CDU (+70 Tsd.) und der SPD (+35 Tsd.). Aber auch von der AfD können die Grünen 10 Tsd. Stimmen hinzugewinnen. An das Nichtwählerlager verlieren die Grünen hingegen 40 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler. Zusätzlich wechseln 20 Tsd. Wählerinnen und Wähler von den Grünen zur FDP.

Die Grünen haben bei den über 60-Jährigen sowie den Beamten überdurchschnittlich hinzugewonnen.

Die **CDU** kann lediglich von der AfD 70 Tsd. Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen. An alle anderen Parteien verliert sie. Am größten fallen die Verluste ins Nichtwählerlager aus. 80 Tsd. ehemalige CDU-Wählerinnen und -Wähler sind diesmal nicht zur Wahl gegangen. An die Grünen verliert die CDU weitere 70 Tsd. Stimmen und 50 Tsd. Wählerinnen und Wähler sind von der CDU zur FDP gewechselt. Geringer fallen die Verluste in Richtung SPD aus (-10 Tsd.).

Die CDU verzeichnet bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern sowie bei Beamten überdurchschnittliche Verluste.

Die **SPD** kann lediglich von der CDU (+10 Tsd.) und ganz geringfügig von der AfD (+5 Tsd.) Stimmen gewinnen. An alle anderen Parteien sowie das Nichtwählerlager verliert die SPD Stimmen. 50 Tsd. frühere SPD-Wählerinnen und -Wähler haben nun nicht an der Wahl teilgenommen. 35 Tsd. Wählerinnen und Wähler sind von der SPD zu den Grünen gewandert und weitere 15 Tsd. zur FDP.

Bei der SPD zeigen sich keine sozialstrukturell auffälligen Gewinne oder Verluste.

Die **FDP** verliert lediglich ans Nichtwählerlager und die sonstigen Parteien, von den größeren anderen Parteien kann sie Stimmen hinzugewinnen. 30 Tsd. Stimmen verliert die FDP an das Lager der Nichtwähler. 50 Tsd. Stimmen kann sie hingegen von der CDU gewinnen und 40 Tsd. ehemalige AfD-Wählerinnen und -Wähler machen nun ihr Kreuz bei der FDP. Auch von den Grünen wechseln 20 Tsd. Wählerinnen und Wähler zur FDP. Die geringsten Zuwächse verzeichnet die FDP von der SPD (+15 Tsd.).

Die FDP kann bei den Jüngeren überdurchschnittlich hinzugewinnen, insbesondere bei den jüngeren Männern.

Die **AfD** verliert als einzige Partei in alle Richtungen. 110 Tsd. frühere AfD-Wählerinnen und -Wähler sind ins Nichtwählerlager gewechselt. Das ist über die Hälfte der Zugewinne aus dem Nichtwählerlager bei der Landtagswahl 2016. Zusätzlich hat die AfD 70 Tsd. Wählerinnen und Wähler an die CDU, 40 Tsd. an die FDP, 10 Tsd. an die Grünen sowie 5 Tsd. an die SPD eingebüßt.

Die AfD hat vor allem bei jüngeren Wählerinnen und Wählern überdurchschnittliche Verluste zu verzeichnen.

-
- 1 Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.
 - 2 Hirndorf, Dominik, 2020: Let's talk about politics! Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur politischen Kommunikation im persönlichen Umfeld. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., S. 24.
 - 3 Daten aus einer nicht repräsentativen Online-Umfrage. Vgl. Pokorny, Sabine, 2019: (Un)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
 - 4 Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet. Da in den Exit Poll nur Urnenwähler einfließen und das Wahlverhalten der Briefwähler unbekannt ist, sind die Daten nicht mit anderen Wahlen vergleichbar.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

Referentin
Abteilung Wahl- und Sozialforschung
T +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2021, Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).